



Der Oberbürgermeister

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft
und Beschäftigung

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin Thiels

28 . November 2018

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Horschler,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Magistrat wurde in der letzten Sitzung am 03.12.2008 gebeten darzulegen,

- welchen Beitrag zum 'Schutzschirm für Arbeit' die LH Wiesbaden leisten kann;
- ob ein Investitionsbeschleunigungsprogramm vorbereitet wird;
- inwieweit Investitionen der LH Wiesbaden durch Bundes- oder Landesprogramme gefördert werden können.

Erfreulicherweise könne wir aktuell feststellen, dass Bund und Land erkannt haben:
„Wirksame Konjunkturprogramme gehen nur über kommunale Investitionen“.

Kommunale Investitionen haben den großen Vorteil, dass sie wesentlich schneller umsetzbar sind. Während von der Planung eines Autobahnstückes bis zu dessen Fertigstellung Jahre ins Land gehen können, bei Eisenbahninvestitionen sicher mehr als ein Jahrzehnt, können kommunale Investitionen sehr schnell umgesetzt werden. Außerdem mit kleineren Beträgen (pro Kommune) bei einfachen Ausschreibungsbedingungen (kleiner als 5 Mio. EUR), was auch dazu beiträgt, dass vor allem auch die örtliche Wirtschaft daraus Nutzen ziehen kann.

Ein Beispiel:

Das Investitionsprojekt „Brita-Arena“ wurde in 4 Monaten und 4 Tagen vom Bauantrag bis zur Fertigstellung durchgezogen. Das Besondere dabei war, dass die LHW den Grund und Boden bereitgestellt und der Verein das Stadion bezahlt hat.

Hauptvorteil ist, dass Kommunen das notwendige Baurecht, bzw. notwendigen Baugenehmigungen in sehr, sehr kurzer Zeit (6 bis 12 Monate) schaffen können, wenn es nicht ohnehin schon besteht.

Zurzeit zeichnen sich folgende, geplante Konjunkturprogramme ab:

1. das Hessische Sonderinvestitionsprogramm „Schul- und Hochschulbau“, und
2. das Konjunkturpaket II / Kommunales Investitionsprogramm des Bundes.

Beide Planungen werden von mir intensiv begleitet. Detailregelungen sind noch nicht abschließend bekannt. Für beide Programme gilt aber: Umgesetzt werden sollen zusätzliche Projekte, die noch nicht im Haushaltsplan veranschlagt sind und trotzdem sehr kurzfristig realisiert werden könnten.

Für Wiesbaden könnten dies insbesondere sein:

1. Für die Haushalte 2008 bis 2012 waren Investitionsprojekte in Höhe von 177,6 Mio. EUR (u.a. Kategorie 6) angemeldet, die innerhalb dieser Haushalte nicht finanzierbar waren, aber auf der Agenda stehen. Davon betreffen rd. 45 Mio. € das Schuldezernat.
2. Genauso schnell mobilisierbar wären Investitionen der städtischen Gesellschaften, bei denen Jahresraten vorgezogen werden könnten. Z.B.:
 - a) Investitionen die städtische Wohnungsbaugesellschaft GWW; z.B. ein bestehendes 10-jähriges Sanierungsprogramm, das mit 150 Mio. EUR ausgestattet ist, mit den vor allem energiesparenden Investitionen (Isolierung, Geothermie, etc.) durchgeführt werden könnten. Die Jahresrate beträgt 15 Mio. EUR und wäre relativ unproblematisch auf 30 Mio. EUR pro Jahr zu verdoppeln. Vorteil: Ein nicht kleiner Teil des daraus resultierenden Effektes trägt dazu bei, dass die Mieter geringere Energie-Nebenkosten haben.

In denselben städtischen Gesellschaften wären ohne größere Probleme jährlich zusätzlich 10 Mio. EUR für Neubaumaßnahmen unterzubringen.

- b) Bei den Stadtwerken sind für die nächsten Jahre größere Investitionen im Bereich regenerative Energien und der Ausbau der Fernwärme geplant, die ohne größere Probleme vorzuziehen wären. Z.B.
 - 95 Mio. EUR für den Ausbau der Fernwärme und für ein Biomasse- Kraftwerk (bis 2011). Vorteil des Fernwärmeausbaus: Rund 40.000 Wohnungen (von knapp 130.000) könnten emissionsfrei angeschlossen werden.
 - In der Diskussion ist derzeit die Vermietung von städtischen Dachflächen an die Stadtwerke; jährlich könnten rund etwa 2 Mio. EUR für Photovoltaikanlagen verbaut werden.
 - Dazu käme eine einmalige Investition, die vorzuziehen wäre, für ein Gasturbinenkraftwerk, das die Stadtwerke zusammen mit einem Industrieunternehmen planen.

3. Darüber hinaus werden aktuell verschiedene Projekte diskutiert, deren Umsetzung ebenfalls zu einer verbesserten Konjunktur beitragen könnten, z.B.:

Ertüchtigung KuK	2,5 Mio. €
Hessenring Nordenstadt	17,5 Mio. €
Energetische Ertüchtigung Vereinshallen	2,0 Mio. €

Eissporthalle	12,0 Mio. €
3-Felder-Halle Platz der deutschen Einheit	16,5 Mio. €
Parkhäuser (3 Städtische)	22,0 Mio. €
Ausbau Radwege	10,0 Mio. €
Sanierung Rhein-Main-Hallen	140,0 Mio. €
GWW Sanierung/Neuerrichtung Weidenbornstr , Bsp.	100,0 Mio. €
Bauliche Neustrukturierung HSK	115,0 Mio. €
<u>Gesamt</u>	<u>437,5 Mio. €</u>

Damit ist festzustellen, es gibt keinen Mangel an städtischen, „schubladenfertigen“ Investitionen, die beschleunigt werden könnten. Dazu kommen Projekte wie z.B. der Kraftwerksneubau auf der Ingelheimer Aue, die mit einem Projektvolumen > 1 Mrd. € ebenfalls erhebliche Arbeitsmarkteffekte haben werden.

Im Sinne einer zukunftsorientierten, städtischen Finanzpolitik ist allerdings bei dieser antizyklischen Investitionsstrategie zu beachten, dass weder eine dauerhafte Personalausweitung erfolgt, noch die Folgekosten zukünftige Haushalte unmanövrierbar machen. Wichtig ist auch die richtige Terminierung, damit sich die Projekte der unterschiedlichen staatlichen Ebenen nicht überschneiden.

Vor diesem Hintergrund arbeitet die Verwaltung an einem organisatorischen Lösungsvorschlag, wie die zusätzlichen Projekte (mit Finanzierung Bund / Land) mit hoher Priorität zügig umgesetzt werden könnten.

Selbstverständlich werde ich - sobald werthaltige Informationen und Vorschläge vorliegen - die städtischen Gremien unverzüglich informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Müller